



Energiekrise – auf das Angebot kommt es an!

Europa und Deutschland stehen infolge des Ukrainekrieges und des Wirtschaftskrieges zwischen Russland und dem Westen in einer handfesten Energiekrise. Diese zeigt sich in vier Ausprägungen:

- 1) Wir haben eine enorme Lücke bei der Verfügbarkeit von Gas.
- 2) Wirtschaft und bald auch Privatkunden ächzen unter drastisch steigenden Gaspreisen.
- 3) Es droht uns ein Problem bei der Verfügbarkeit von Strom.
- 4) Das teure, sehr viel knapper gewordene Gas treibt die Strompreise auf Höhen, die für die Wirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig und die Haushalte nicht mehr tragbar sind.

Um diese Krise beizulegen, darf nicht in funktionierende Marktmechanismen eingegriffen werden. Stattdessen gilt es, das Energieangebot so weit wie möglich zu verbreitern.

1) Gaslücke schließen durch Fuel Switch, Sparen und neue Angebote

Kurzfristig gilt es, die drohenden Engpässe in den Wintern 2022/2023 und 2023/2024 zu decken:

- Gas darf nur noch in unvermeidbarem Umfang zur Erzeugung von Strom eingesetzt werden, d.h. vor allem zum Redispatching als Netzreserve. Dies bedeutet, dass – wie von der Bundesregierung vorgesehen – Kohlekraftwerke revitalisiert und die noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke nicht zum Jahresende abgeschaltet werden dürfen, sondern in jedem Falle über die beiden nächsten Winter hinaus betrieben werden müssen. Eine Reservehaltung nützt dabei nichts, da die Anlagen im Bedarfsfall nicht rasch genug hochgefahren werden können. Außerdem können wir den Strom dieser Anlagen auch sehr gut zur Verbreiterung des Stromangebots und damit zur Senkung der Strompreise (siehe unten 4)) einsetzen.
- Die deutschen Unternehmen haben gegenüber dem letzten Jahr bereits rd. 20 Prozent Gas eingespart. Diesen Prozess müssen wir fortsetzen. Hier sind Bund und Länder gefordert, bei der Gesetzgebung und beim Verwaltungshandeln einen Fuel Switch der Unternehmen weg vom Gas und hin zu anderen Energieträgern so einfach und unkompliziert wie irgend möglich zu gestalten. Einsparungen von Gas im Unternehmenssektor sind dann ambivalent, wenn sie mit Einschränkungen der Produktion oder Verlagerungen ins Ausland einhergehen. Eine Deindustrialisierung Deutschlands würde unseren Wohlstand dauerhaft beschädigen. Auch dem gilt es vorzubeugen.

- Außerdem sind auch die Haushalte aufgerufen, Gas einzusparen. Informationen der Bürger/innen über Einsparmöglichkeiten müssen intensiviert werden. Es ist ein bedenkliches Zeichen, wenn die Bundesnetzagentur vermeldet, dass trotz weiter sommerlicher Witterung in diesen ersten Septemberwochen bereits ein Anstieg im privaten Gasverbrauch festzustellen ist.
- Gaslieferungen europäischer Nachbarn über Pipelines gilt es, nach Möglichkeit auszuweiten. Leider sind diese Möglichkeiten weitgehend ausgeschöpft. So hat Norwegen, von dem wir im August rd. 38 Prozent unserer Gasimporte bezogen haben, erklärt, dass zusätzliche Mengen nicht mehr geliefert werden können. Die Niederlande, von denen wir im August ca. 24 Prozent unserer Gasbezüge importiert haben, denken über die Schließung des Erdgasfeldes Groningen und damit über eine Reduzierung der Gaslieferungen nach Deutschland nach. Allein Frankreich hat sich bereit erklärt, eine stillgelegte Gasleitung an der Grenze zu Rheinland-Pfalz wieder in Betrieb zu nehmen, um uns rd. 2 Prozent unseres Gasverbrauchs liefern zu können. Im Gegenzug erwartet – so die jüngste Vereinbarung zwischen Präsident Macron und Bundeskanzler Scholz – Frankreich von Deutschland zusätzliche Stromlieferungen, um die französischen Verfügbarkeitsprobleme, die durch die Revisionsarbeiten an einer Vielzahl von Kernkraftwerken und aufgrund der zu geringen und zu warmen Kühlwassermengen entstanden sind, auszugleichen. Die Stilllegung der drei noch am Netz befindlichen deutschen Kernkraftwerke wäre auch aus diesem Blickwinkel kontraproduktiv und muss vermieden werden.
- Ein rascher Bau von „Floating Storage and Regasification Units“ (FSRU) in Wilhelmshaven, Brunsbüttel und anderswo kann die Engpässe ebenfalls lindern. Die Bundesregierung plant den Bau von vier solchen Anlagen mit einem Regasifizierungsvolumen von jeweils ca. 5 Mrd. qm/a. Eines dieser Schiffe soll schon zur Jahreswende 2022/2023, ein zweites in Brunsbüttel Anfang 2023 einsatzbereit sein.

Mittel- und langfristig sind folgende weitere Bezugsquellen zu erschließen:

- Um mehr LNG für Deutschland verfügbar zu machen, sind der Bau von festen LNG-Terminals, die Buchung einer ausreichenden Anzahl von LNG-Transportschiffen und die Sicherung ausreichender LNG-Mengen auf dem Weltmarkt notwendig. Derzeit liegt das globale Handelsvolumen von LNG-Gas bei 500 Mrd. qm (Zahl von 2021). Der Großteil dieses Volumens ist bereits längerfristig gebunden und der Rest nur über einen Preiskampf für Deutschland zu gewinnen. Hier ist eine deutliche Ausweitung des Marktes erforderlich, die allerdings nicht von heute auf morgen realisierbar ist. Unser deutscher Gasjahresverbrauch lag im Jahr 2021 bei ca. 90 Mrd. qm; dies sind schon fast 20 Prozent der derzeit weltweit gehandelten LNG-Menge!
- Deutschland kann in substanzieller Größenordnung selbst Gas fördern. In Deutschland fördern wir mit ca. 5 Mrd. qm Erdgas gerade einmal ein Sechstel der in unserem Lande vorhandenen förderfähigen Erdgasmenge (30 Mrd. qm) und rd. 4,5 Prozent unseres



Jahresverbrauchs (90 Mrd. qm). Hier gilt es, unsere vielen Vorbehalte gegen Gasbohrungen abzubauen und auch das geltende Fracking-Verbot zu hinterfragen. Es wirkt wenig überzeugend, wenn wir Fracking-Gas als LNG aus den USA beziehen, aber nicht bereit sind, bei uns selbst via Fracking Gas zu fördern, weil wir dies für ökologisch nicht vertretbar halten. Zurzeit kämpft eine britische Bohrfirma um die Zustimmung des Marktes Holzkirchen für die Bohrung (ohne Fracking!) nach einem Gasvorkommen im nördlichen Teil des Marktgebietes. Holzkirchen steht dem ablehnend gegenüber, weil es Auswirkungen auf seine Geothermie-Förderung befürchtet.

- Außerdem dürfen wir nicht in unseren FuE-Anstrengungen nachlassen, Wasserstoff, der Erdgas ersetzen kann, zu wirtschaftlichen Konditionen und in ausreichenden Mengen erzeugen zu können. Auch wenn hier kurz- und mittelfristig noch kein Erfolg absehbar ist, gilt es, sich schon jetzt über Memoranda of Understanding mit Firmen im Ausland für später ausreichende H₂-Mengen zu sichern; denn wir werden nur einen Bruchteil des von Deutschland benötigten Wasserstoffs im eigenen Land erzeugen können.

2) Politische Eingriffe in Gaspreise bringen keine Lösungen, sondern neue Probleme

Die Knappheit des verfügbaren Erdgases aufgrund des Ukraine-Kriegs und des Wirtschaftskonflikts zwischen Russland und dem Westen haben den Gaspreis so stark nach oben getrieben, dass er zur Gefährdung der Existenz von Gasimporteuren geführt hat, weil diese die enorm gestiegenen Einkaufspreise aufgrund längerfristiger Verträge mit ihren Kunden nicht sofort an diese weitergeben können. Sobald die Weitergabe möglich ist, entstehen die existenziellen Probleme bei den von den Importeuren beziehenden Stadtwerken oder Industriekunden. Nach der (in der Regel ebenfalls verzögerten) Weitergabe der hohen Preise von den Stadtwerken an die Privat- und kleinen Gewerbekunden können diese in eine finanzielle Schieflage geraten. Die dadurch entstandene Not ist groß und nicht leicht zu lindern.

Ein Eingriff in den funktionierenden Markt, der regelgerecht auf Knappheitssignale mit Preissteigerungen reagiert, sollte in einem marktwirtschaftlichen System, wie dem unseren, nicht erfolgen.

- Klar ist aber auch, dass der Zusammenbruch unseres gesamten Gasversorgungssystems vermieden werden muss, der die Folge einer Insolvenz der großen Gasimporteure wäre. Deshalb ist die Einräumung der Möglichkeit zur vorzeitigen Weitergabe der hohen Einkaufspreise an die Stadtwerke und Endkunden, wie es das Energiesicherungsgesetz vorsieht, der richtige Weg. Darüberhinausgehende staatliche Unterstützung für Importeure kommen nur bei wirklicher Systemrelevanz in Betracht und sind an strenge Kriterien zu knüpfen. Stets muss sichergestellt werden, dass Mitnahmeeffekte, wie bei der geplanten Gasumlage angelegt, vermieden werden. Importeure, die sich nicht in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden, dürfen nicht von derartigen Instrumenten profitieren. Deshalb muss die Bundesregierung die vorgesehene Gasumlage korrigieren.

- Natürlich müssen sozial schwache Privatkunden und besonders gasintensive mittelständische Gewerbekunden und Industriekunden, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit anderenfalls massiv gefährdet würde, staatlicherseits finanziell unterstützt werden.

3) Bei der Abdeckung der Residuallast Gas durch Kernkraft und Kohle ersetzen

Die Residuallast, die in wind- und sonnenarmen Perioden auftritt, soll nach dem Konzept der Energie- und Klimawende bis zur – heute noch nicht absehbaren – ausreichenden Verfügbarkeit von Wasserstoff durch Gaskraftwerke abgedeckt werden. Weil Gas knapp ist, kann es diese Aufgabe – jedenfalls kurz- und mittelfristig – nicht mehr übernehmen.

- Wie oben 1) beim Stichwort „Redispatching“ dargestellt, dürfen wir Erdgas nur in unvermeidbarem Umfang zur Stromerzeugung einsetzen. Dies bedeutet, dass die Residuallast künftig durch andere ständig verfügbare Energieträger abgedeckt werden muss. Deshalb müssen wir bereits in Reserve befindliche Kohlekraftwerke wieder revitalisieren und dürfen die drei noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke nicht, wie geplant, zum Jahresende stilllegen – und zwar so lange nicht, bis wir wieder über ausreichende Gasmengen zu normalen Preisen verfügen. Dafür sprechen sich nach ihrer gerade veröffentlichten Sonderanalyse zur Stromversorgung im Winter 2022/2023 die vier Übertragungsnetzbetreiber aus. Dafür plädieren Frau Prof. Dr. Veronika Grimm und die anderen Mitglieder des Sachverständigenrats der Bundesregierung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, und dies fordern die FDP und die CDU/CSU. Bei allem Verständnis dafür, dass der Kernenergieausstieg quasi die DNA der GRÜNEN-Partei ist, ist das Wohl und die Versorgungssicherheit unseres Landes parteipolitischen Interessen voranzustellen. Die Bundesregierung muss sich deshalb an dieser für unsere Sicherheit so wichtigen Stelle zu einem Weiterbetrieb der Kernkraftwerke durchringen und darf diese Anlagen nicht lediglich in die Reserve schicken – und dies auch nur für diesen Winter. Es liegt doch auf der Hand, dass die Revitalisierung eines Kernkraftwerks nicht Stunden, sondern Tage oder Wochen benötigt, und dass wir den Strom dieser Anlagen zur Abdeckung der Residuallast und zur Verbreiterung des Stromangebots und damit zur Strompreissenkung gut gebrauchen können (siehe unten 4)).
- Auch unsere französischen Freunde, die uns mit großem Einsatz bei der Gasbelieferung unterstützen möchten (s. oben 1)), werden nicht verstehen können, warum wir uns die von Frankreich im Gegenzug erbetene Lieferung von Strom durch die Abschaltung der Kernkraftwerke unnötig erschweren.
- Wir in Bayern sind aus Gründen der Versorgungssicherheit in besonders hohem Maße auf den Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Isar 2 angewiesen. Im ersten Quartal dieses Jahres haben wir mit 8,5 Mrd. kWh nicht einmal die Hälfte unseres Stromverbrauchs von ca. 20 Mrd. kWh in diesem Zeitraum selbst erzeugt. Der überwiegende Anteil wurde also importiert. Von der in Bayern selbst erzeugten Menge wurden 29 Prozent von



Erneuerbare Energien-Anlagen, 34 Prozent vom Kernkraftwerk Isar 2 und 29 Prozent von Gaskraftwerken erzeugt. Bei uns würde es also ohne Kernkraft und ohne Gas richtig eng!

4) **Auch auf dem Strommarkt darf der marktliche Preismechanismus nicht ausgehebelt werden**

Wie bei der Lösung des Gaspreisproblems sollten wir auch hier nicht in den funktionierenden Markt und seine Mechanismen eingreifen. Auch hier folgt der Markt den Knappheitssignalen mit Preissteigerungen und dies ist systemgerecht. Das Merit-Order-System hat sich bewährt und uns einerseits eine effiziente Stromversorgung beschert und andererseits die Investitionsfähigkeit der Kraftwerksbetreiber abgesichert. Eingriffe wie die Herausnahme der zurzeit besonders teuren Gaskraftwerke aus dem Merit-Order-System, die Festlegung von Preisobergrenzen oder die Abschöpfung von „Übergewinnen“ gilt es zu vermeiden.

- Stattdessen sollten wir eine ausreichende Anzahl von Kohlekraftwerken revitalisieren und die zurzeit noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke so lange am Netz belassen, bis die Phase der Gasknappheit überwunden ist. Zusätzlich wäre zu prüfen, inwieweit nicht auch Ende des letzten Jahres stillgelegte Kernkraftwerke wieder für eine befristete Zeit in Betrieb genommen werden können. Allein diese Ausweitung auf der Angebotsseite würde den Strompreis schon erheblich senken können. Darauf weist auch Frau Prof. Dr. Veronika Grimm vom Sachverständigenrat der Bundesregierung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hin. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist die Bundesregierung aufgefordert, ihre vollkommen unzureichende Reaktion auf das Ergebnis des Strom-Stress-Tests für den kommenden Winter nachzubessern und sich zu einem befristeten Weiterbetrieb der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke über die nächsten beiden Winter durchzuringen.
- Zusätzlich sind – analog wie bei der Gaspreisproblematik – sozial schwache Privatkunden und besonders stromintensive mittelständische Gewerbekunden und Industriekunden, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit anderenfalls gefährdet würde, staatlicherseits finanziell zu unterstützen.

München, 6. September 2022

Dr. Albrecht Schleich
Vorsitzender Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik
Wirtschaftsbeirat Bayern